

Braunschweiger Volksfreund

Nr. 1/2010

Zeitung des SPD-Unterbezirks Braunschweig

März/April 2010

SPD: Kein Asse-Atommüll nach Thune!

Die Firma Eckert und Ziegler ist in Thune ansässig und hat sich an diesem Standort auf die Entsorgung von schwach radioaktivem Müll spezialisiert. Sie bereitet in der Regel Krankenhausabfälle und solche aus wissenschaftlichen oder industriellen Anlagen auf. Nun hat die Firma erklärt, dass sie sich als besonders geeignet ansieht, auch die schwach- bis hochradioaktiven Abfälle aus dem Bergwerk Asse aufzubereiten. Dahinter steckt natürlich auch die Aussicht auf eine gigantische Einnahmequelle von bis zu vier Milliarden Euro.

Als der Industriebetrieb beantragte, eine neue Halle zur Aufbereitung radioaktiver Abfälle in Thune zu errichten, wurde die Verwaltung hellhörig. Sie hatte den Verdacht, dass Eckert und Ziegler so die Aufarbeitung von Asse-Abfällen an diesem Standort vorbereiten wollte. Deshalb erließ der Oberbürgermeister in aller Eile eine Veränderungssperre und leitete die Aufstellung eines neuen Bebauungsplanes ein. Die SPD unterstützt diese Vorgehensweise. „Die Aufbereitung atomarer Abfälle aus Schacht Asse muss in Braun-



Auch in Zukunft ist kein Platz für Atommüll aus der Asse in Thune. Foto: M. Stoffregen

schweig absolut undurchführbar sein“ sagt Manfred Dobberphul, Vorsitzender der SPD im Planungs- und Umweltausschuss. „Deshalb schieben wir hierzu ganz früh einen Riegel vor! Eine Aufarbeitung der unklaren Menge atomarer Abfälle kann nur am Standort Asse

selbst erfolgen und darf niemals woanders stattfinden“, stellt Dobberphul fest.

Auf der letzten Ratssitzung wurde die Veränderungssperre beschlossen, so dass jetzt der Bebauungsplan nun in Ruhe angepasst werden kann.

Schwarz-Gelb redet Winterdienst schön

Selbst wenn inzwischen Eis und Schnee von Straßen, Wegen und Plätzen endlich verschwunden sind: Der Ärger über Fehler, Pannen und Organisationsmängel im Winterdienst sitzt bei vielen Braunschweigerinnen und Braunschweigern tief. Verantwortlich für den Winterdienst ist die Stadt. Sie kann zwar die Räumpflicht auf dem Fußwegen den Anliegern übertragen und das Räumen und Streuen auf den Straßen durch die Firma ALBA durchführen lassen. Das ändert aber nichts an der Verantwortung für die ordentliche Durchführung. Und daran mangelte es erheblich. Deshalb befasste sich der Rat der Stadt in seiner Februarsitzung auf Antrag der SPD mit der Angelegenheit.

Fraktionsvorsitzender Manfred Pesditschek kritisierte vor allem, dass viele Menschen durch Stürze auf glatten Straßen und Wegen zu Schaden kamen und andere, vor allem ältere Mitbürger sich wegen der Sturzgefahr kaum aus dem Haus trauten, um wich-

tige Besorgungen zu erledigen. Pesditschek: „Nach sechs Wochen Eis und Schnee hat die Stadtverwaltung unter Oberbürgermeister Dr. Hoffmann endlich reagiert, die Verantwortung für den Winterdienst eingeräumt, einen verstärkten Einsatz von Arbeitskräften zur Räumung von Straßen, Wegen und Plätzen angekündigt. Damit gesteht sie ein, dass die Arbeiten bisher eben nicht den Notwendigkeiten entsprachen. Die schwarz-gelbe Ratsmehrheit dagegen redet nach wie vor den Winterdienst schön und hält jede Kritik daran für pauschal und undifferenziert“.

Resolution scheidet an Ratsmehrheit

Konsequent lehnten es CDU und FDP mit ihrer Ein-Stimmen-Mehrheit ab, die folgende Resolution zu beschließen:

„Trotz auch berechtigter Kritik an den Ergebnissen des Winterdienstes dankt der Rat der Stadt allen, die auch unter schwierigen Bedingungen diese Arbeit leisten. Das gilt

ebenfalls für diejenigen Grundstückseigentümer und Mieter, die ihrer Räum- und Streupflicht vorbildlich nachgekommen sind. Der Rat entschuldigt dich bei den Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die auf glatten Straßen und Wegen zu Schaden gekommen sind oder ihren Arbeitsplatz nur verspätet und unter Mühen erreichten. Er dankt denjenigen, die Verunglückten und Gestürzten zu Hilfe gekommen sind und sie ärztlich versorgt haben.“

Pesditschek: „Wenigstens ein Wort des Mitgeföhls und des Bedauerns hätte auch der Ratsmehrheit gut angestanden. Das Schönreden von CDU und FDP löst keine Probleme.“

Jetzt Mitglied werden!

In der SPD mitgestalten und aktiv mitmischen. Näheres im SPD-Unterbezirk unter Tel. 480 98 21 oder im Internet unter www.spd-braunschweig.de

Haushalt verabschiedet: Unge- deckter Wechsel auf die Zukunft.

■ Oberbürgermeister Dr. Hoffmann ist in Braunschweig mit dem Versprechen angetreten, die Finanzen der Stadt nachhaltig zu sanieren, und nimmt den Schuldenstand als Gradmesser seines Erfolges. Die SPD-Ratsfraktion hat immer wieder darauf hingewiesen, dass der Schuldenabbau nur durch Vermögensverkäufe möglich war und dass das Ganze auch noch ein Verlustgeschäft war. Durch Verkäufe wurden 620 Millionen Euro eingenommen, 360 Millionen Euro Schulden wurden getilgt. Mit der Differenz von 260 Mio. Euro wurden Haushaltslocher gestopft – so sieht das vielzitierte „Wunder von Braunschweig“ in Wirklichkeit aus.

Dieses Jahr wurde es eng: Die Einnahmen schrumpften wegen der Wirtschaftskrise und die Gelder in den Rücklagen reichten nicht einmal aus, um den Haushalt 2010 auszugleichen. Aber die Aufnahme von Darlehen ist ein Tabu für Hoffmann und Schwarz-Gelb, weil damit das Scheitern ihrer Finanzpolitik für jeden

sichtbar machen würde. Deshalb wurde statt dessen getrickst:

- ▶ durch Auflösung von Rückstellungen
- ▶ durch optimistische Einnahmeschätzungen
- ▶ durch Verschieben notwendiger Ausgaben in die Zukunft.

Der heiligen Kuh „Bloß keine neuen Schulden“, wurde alles geopfert, auch die wirtschaftliche Vernunft. Deshalb wurden alle Anträge der Opposition abgelehnt, wie weitere Schulsanierungen und Investitionen in das Energiesparen. Dieses Aufschieben ist eine kostspielige Taktik zu Lasten für kommende Generationen.

Die Stunde der Wahrheit kommt

Die Kassen sind leer, die Reserven aufgebraucht, zu verkaufen gibt es nichts mehr. Es gehört keine große Gabe dazu, vorauszusagen: Der Haushalt des Wahljahres 2011 wird für Dr. Hoffmanns Finanzpolitik zum Offenbarungseid. Es wird nicht ohne neue Schulden gehen.

CDU/FDP verweigern wieder Gedenktafeln

■ Im Rat verweigerten CDU/FDP zum wiederholten Male die Genehmigung von Geld für Gedenktafeln an die Nazizeit. Mit diesem sollte das 2001 beschlossene Gedenkstättenkonzept endlich seiner Verwirklichung einen kleinen Schritt näher gebracht werden. Denn, so die SPD, in den letzten 10 Jahren seien Gedenktafeln fast nur von Privatleuten und Vereinen angebracht worden. Ratsfrau Cornelia Seiffert brachte den Antrag noch einmal im Ratsplenum ein, der schon im Kulturausschuss keine Gnade gefunden hatte.

Aber auch diesmal lehnte die Ratsmehrheit beinhardt die Bereitstellung eines kleinen Betrags von 10.000 Euro ab, wie sie auch alles andere ablehnte, was von der SPD kam. So fehlen in Braunschweig zum Beispiel Hinweise an den ehemaligen Folterkellern der Gestapo am Bohlweg und in der Leopoldstraße und eine Erinnerung an die 92 Todesurteile, die im Landgericht ausgesprochen wurden. Wird die Erinnerung bis zum 100. Gedenktag an die Verbrechen verschoben?

Stadtrat Ulrich Markurth übernimmt die Verantwortung für den Schulbereich

■ Die Stadträte Zwafelink (Stadtbaurat) und Laczny (Schule, Sport und Kultur) werden dieses Jahr aus Altersgründen aus ihren Ämtern ausscheiden. Nachdem Oberbürgermeister Dr. Hoffmann entschieden hatte, diese Stellen nicht einzusparen, sondern erneut zu besetzen, schlug SPD-Fraktionsvorsitzender Pesditschek vor, bei dieser Gelegenheit endlich die Dezernate Jugend und Schule



Stadtrat Ulrich Markurth

zusammenzuführen. Vor allem im Zusammenhang mit dem Ganztagsbetrieb an Schulen gibt es immer stärkere Überschneidungen zwischen diesen Bereichen, die eine einheitliche Leitung erforderlich machen.

Das überzeugte auch Oberbürgermeister Dr. Hoffmann und so beschloss der Rat mit großer

Mehrheit eine entsprechende Organisationsänderung. Daher wird Jugend- und Sozialstadtrat Ulrich Markurth nach Laczny's Ausscheiden auch für Schulen und Bildung zuständig sein. Damit steigt die Hoffnung, dass in Braunschweig künftig eine zukunftsorientierte Schul- und Bildungspolitik Vorfahrt bekommt.

Spielhalle oder Leistungszentrum für Kreativwirtschaft?

■ Die Nachnutzung des Gebäudes der ehemaligen öffentlichen Bücherei ist nach wie vor ungewiss. Es sind 3750 Quadratmeter in guter Innenstadtlage, gegenüber dem Cinemaxx Kino. Die Stadtverwaltung wollte das Gebäude bereits an Investoren verkaufen. Zwei Unternehmen hatten auch ein Angebot unterbreitet. Die Pläne der Staake GmbH, die den Abriss des gesamten Gebäudes und einen Neubau für rund 20 Millionen Euro vorsehen, wären von der Verwaltung favorisiert gewesen, wenn der Investor nicht ein Spielcasino als Mieter gewollt hätte.

Gegen einen Abriss wehren sich allerdings Braunschweigs Heimatpflger. Die Bauhaus-Architektur der alten Volkslesehalle aus den 1920er Jahren sei in der Innenstadt einmalig und schützenswert. Bestenfalls Anbauten aus dem Jahr 1959 könnten abgerissen werden. Weitere Probleme sind inzwischen hinzu gekommen: So ist das Grundwasser unter der Bücherei mit Schadstoffen belastet. Ein Abriss

und Neubau wäre mit hohen Kosten verbunden. Die Stadtverwaltung hat den Verkauf der ehemaligen Bücherei daher zunächst aufgeschoben.

Eine ganz andere Idee hat Robert Glogowski, Präsidiumsmitglied im Bund Deutscher Grafik-Designer. Er schlägt vor, das Gebäude zu erhalten und ein Leistungszentrum für die Kultur- und Kreativwirtschaft einzurichten. Die Räumlichkeiten würden sich ideal für Ausstellungen, Arbeitsräume und Tagungen eignen. Zudem könnten Beratungsangebote für Kreativschaffende in dem Haus untergebracht werden, die über finanzielle Fördermöglichkeiten Auskunft geben. „Bislang nutzt Braunschweig das wirtschaftliche Potenzial dieser Branche hinsichtlich der Schaffung neuer Arbeitsplätze viel zu wenig. Die ehemalige Bücherei wäre ein idealer Standort für ein solches Leistungszentrum“, so Glogowski. Vorerst bleibt die Zukunft des alten Gebäudes jedoch ungewiss.

Wallringanlagen werden geschützt

■ Ein grüner Gürtel zieht sich um die Braunschweiger Innenstadt: der Wallring, vor 200 Jahren durch den Architekten Peter-Joseph Krahe angelegt. An Stelle der barocken Befestigungsanlagen entwickelte er entlang der Okerumflut ein System aus Parks, Gärten, Plätzen, Promenaden und bebaubaren Gartengrundstücken. In den letzten Jahren wurde der erstaunlich gut erhaltene Gesamteindruck des Wallrings allerdings massiv beeinträchtigt:

Neubauten wurden genehmigt, die sich durch Architektur und Nutzung nicht in das Umfeld einpassten, erhaltenswerte Villen wurden abgerissen, um durch Errichtung flächengrößerer und höherer Bauten an selber Stelle mehr Profit abzuschöpfen. Dem wurde durch massive Intervention von Bürgerinnen und Bürgern und der politischen Fraktionen im Rat - vor allem auch der SPD-Fraktion - nun Einhalt geboten. Oberbürgermeister Dr. Hoffmann lenkte im Dezember 2009 ein und versicherte, nur noch Bauvorhaben zuzulassen, die sich in Lage, Größe und Umfang sowie Architektur und Gestaltung eng am derzeitigen Zustand orientieren. Die Errichtung weiterer Gebäude im Wallringgebiet solle unzulässig sein. Der Rat beschloss als erste Maßnahme am 16. Februar 2010 eine Veränderungssperre für den westlichen Teil des Wallrings. Weitere Maßnahmen sollen in Kürze folgen.

Dabei ist der Wallring eigentlich durch die städtische Wallringsatzung von 1951 im Bestand weitreichend gesichert. Im Dezember 2000 beauftragte der Verwaltungsausschuss der Stadt Braunschweig die Planungsverwaltung mit der Aufstellung eines Bebauungsplans Wallring-West mit dem Ziel, den Charakter des Wallrings in seiner jetzigen Ausprägung zu erhalten.

Doch der 2001 neu gewählte Oberbürgermeister Dr. Hoffmann und der 2002 neu gewählte Stadtbaurat Zwafelink setzten andere Schwerpunkte in der Stadtplanung. Die Stadt-

Die SPD-Fraktion war von Anfang an für den originären Erhalt der Wallring-Bebauung im strengen Sinne der Wallringsatzung und unterstützte so die Proteste der Heimatpfleger.



Der Gesamteindruck des Wallringgebietes wird wie hier am Petritorwall dauerhaft beeinträchtigt. Solche Sünden sollen in Zukunft verhindert werden.

planer mussten sich nun mit Großprojekten wie dem ECE-Center beschäftigen. Der Bebauungsplan Wallring-West verkümmerte in der Schublade.

„So drohte der Wallring als ein historisch einmaliges Zeugnis zerstört zu werden, zumal die Bauverwaltung zwischenzeitlich davon ausgegangen war, dass die Wallringsatzung nicht mehr gelte“, erläutert SPD-Ratsherr Manfred Dobberphul.

Engagierte Bürgerinnen und Bürger gründeten eine Initiative zum Erhalt der Wallanlagen. Doch es dauerte bis kurz vor Weihnachten 2009, dass der Oberbürgermeister einlenkte und den Erhalt des Istzustandes zusagte.

„Besser spät als nie“, kommentiert Dobberphul diesen Sinneswandel. „Es ist genug Schaden im Wallringgebiet entstanden, der nicht rückgängig gemacht werden kann.“

SPD macht mobil gegen schwarz-gelbe Kopfpauschale!

■ Die schwarz-gelbe Regierung setzt ihre gesundheitspolitische Irrfahrt fort. Das Kabinett hat nun die Einrichtung einer Regierungskommission zur Gesundheitsreform beschlossen. Ihr Auftrag: Die Einführung einer Kopfpauschale. Das heißt, dass der Bauarbeiter am Ende genauso viel für seine Krankenversicherung bezahlen soll wie die Bankmanagerin.

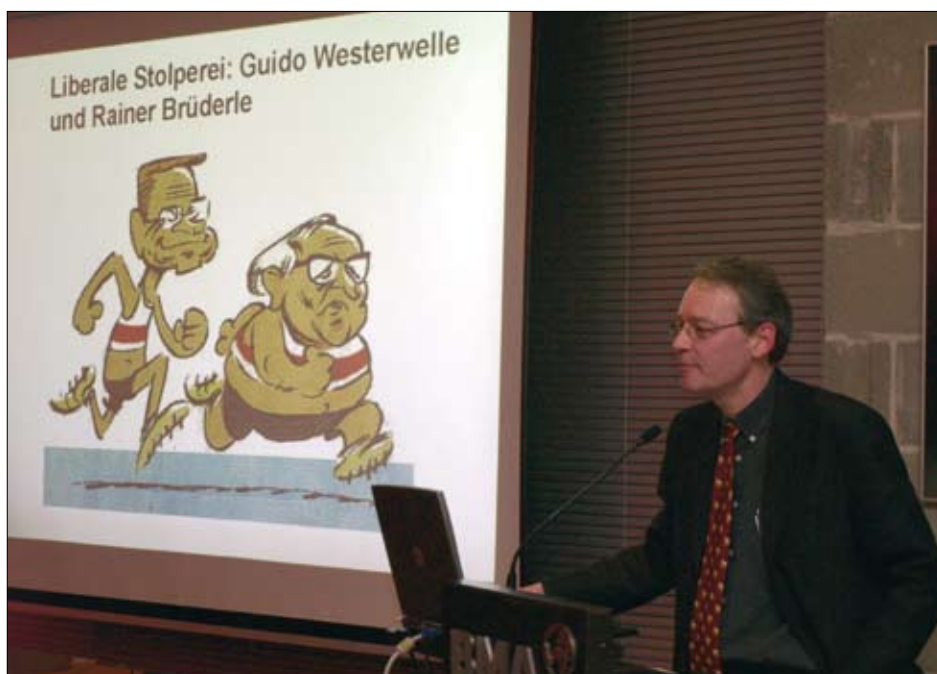
Die Kopfpauschale ist im höchsten Maße ungerecht und führt zu einer Verbreiterung der Schere zwischen Arm und Reich. Für den von Gesundheitsminister Rösler (FDP) angekündigten Sozialausgleich, der Geringverdiener bei der Finanzierung der Pauschale entlasten soll, fehlt der Regierung schlicht das Geld. Das hat selbst Röslers Kabinettskollege

Schäuble (CDU) zuletzt bei der Beantwortung einer kleinen Anfrage bestätigt. Demnach müssten die notwendigen 35 Milliarden Euro für den Sozialausgleich durch extreme Steuererhöhungen finanziert werden. Dr. Carola Reimann, Braunschweiger SPD-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Gesundheit, hält die Ankündigung Röslers für völlig unglaubwürdig: „Zur Finanzierung des Sozialausgleichs sind massive Steuererhöhungen erforderlich. Gleichzeitig verspricht Schwarz-Gelb Steuerentlastungen auf breiter Front. Spätestens hier hat die Regierung jeglichen Anspruch auf Glaubwürdigkeit verloren. In Wahrheit ist der Sozialausgleich nichts ande-

res als ein sozialpolitisches Feigenblatt, das die schwarz-gelben Umverteilungspläne von unten nach oben kaschieren soll!“

Carola Reimann kritisiert: „Die schwarz-gelbe Bundesregierung plant die Kopfpauschale in Hinterzimmern, weil sie weiß, dass eine große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger diese ablehnt. Die Rechnung wird den gesetzlich Versicherten erst nach dem Wahltag in Nordrhein-Westfalen im Mai präsentiert.“

Die SPD will mit einer Informationskampagne zur Kopfpauschale die Regierung zwingen, öffentlich Stellung zu nehmen. In den kommenden Wochen wird die SPD mit Infoständen bundesweit präsent sein, natürlich auch hier in Braunschweig.



Gute Stimmung beim ersten politischen Aschermittwoch der SPD in Braunschweig

■ Über 100 Besucher kamen zum ersten politischen Aschermittwoch der Braunschweiger SPD in die Kantine der BMA. Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) hatte den vergnüglichen Abend bei zünftiger Musik und deftiger Brotzeit organisiert. Dem AfA-Vorsitzenden Matthias Disterheft war es gelungen, den amtierenden Chefredakteur der Braunschweiger Zeitung, Stefan Hans Kläsener, als Hauptredner zu gewinnen. Kläsener kommentierte auf humorvoll-kritische Weise den Start der neuen Bundesregierung und die Arbeit der niedersächsischen Landesregierung. Auf Spitzen gegen die SPD verzichtete Kläsener natürlich auch nicht. Kritik übte Kläsener auch an seiner eigenen Zunft: Die Medien würden nicht nachhaltig genug über politische Themen berichten. Am Ende erntete Kläsener großen Applaus für seinen gelungenen Auftritt.

SPD lehnt Zusammenlegung der Stadtbezirke ab

■ Der erneute Vorstoß der CDU/FDP-Ratsmehrheit, die Anzahl der Stadtbezirksräte von 20 auf 13 zu reduzieren, stößt bei der SPD in Braunschweig auf Ablehnung. „Die Schaffung von Metropolregionen oder Großregionen hat nichts mit der Bedeutung oder Arbeit von Stadtbezirksräten zu tun“, erklärt der SPD-Ratsfraktionsvorsitzende Manfred Pesditschek. Stadtbezirksräte kümmern sich um konkrete Anliegen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Zusammenlegungen sollten wenn überhaupt auf freiwilliger Basis erfolgen.

Diese Ansicht teilen auch die SPD-Bezirksbürgermeister Manfred Dobberphul (Timmerlah-Geitelde-Stiddien), Jörg Gille (Hondelage) und Gudrun Ohst (Schunteraue). Ihre Stadtbezirke wären von der Zusammenlegung betroffen. „Das Thema kommt alle fünf Jahre auf den Tisch. Von einer Fusion halte ich nichts. Den Bürgern würden direkte Ansprechpartner verloren gehen“, erklärt Gille in der Braunschweiger Zeitung. Rats-

frau Cornelia Seiffert, Mitglied im Bezirksrat Wabe-Schunter, kritisiert ebenfalls die Zusammenlegung: „Es wäre für ehrenamtliche Kommunalpolitiker eine Zumutung, für ein Gebiet zuständig zu sein, das von Bienrode im Norden Braunschweigs bis zum Schöppenstetter Turm im Süden reicht. Allein die zahlreichen Vereine in diesem Bereich zu betreuen oder Ortstermine wahrzunehmen würde Stadtbezirksratsmitglieder schlicht überfordern.“

„Offensichtlich fürchten CDU und FDP, bei der nächsten Kommunalwahl nicht genug Kandidaten zu finden. Mit einer Zusammenlegung verschiedener Stadtbezirksräte würde aber die Bereitschaft der Bürger, sich kommunalpolitisch zu engagieren, noch dramatisch weiter sinken“, so SPD-Unterbezirksvorstandsmitglied Matthias Stoffregen. Denn Bürgerinnen und Bürger engagierten vor allem in den Stadtteilen, in denen sie leben und die sie gut kennen.

SPD-Basis entscheidet über Landeschef

■ Mehr Transparenz und Offenheit sowie eine stärkere Beteiligung der Mitgliederbasis hatte der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel angemahnt, um die SPD wieder auf die Erfolgsspur zu führen. Die SPD-Niedersachsen lässt diesem Vorstoß nun Taten folgen: Es wurde ein Verfahren zur Neuwahl des Landesvorsitzenden erarbeitet, das die Beteiligung aller Mitglieder in Niedersachsen vorsieht.

Dem Landesvorstand liegen die Bewerbungen von Monika Griefahn, Olaf Lies, Stefan Preuß und Stefan Schostok vor. Zwischen dem 1. März und dem 17. April 2010 werden sich die vier Kandidaten auf zehn Regionalkonferenzen vorstellen. Zum Ende der jeweiligen Veranstaltung wird in geheimer Abstimmung ein Meinungsbild erstellt. Die Wahl des Landesvorsitzenden erfolgt auf dem Landesparteitag am 29. Mai in Stade, das vorher eingeholte Mitgliedervotum soll berücksichtigt werden.

In Braunschweig findet die Regionalkonferenz, auf der sich die Kandidaten öffentlich vorstellen werden, am Freitag, den 12. März in der Stadthalle um 18.30 Uhr statt.

Bürgersprechstunden der SPD-Abgeordneten

■ Anmeldung wird erbeten unter Telefon 05 31 / 4 80 98 21. Die Termine sind :

► Dr. Carola Reimann, MdB:

- Donnerstag, 15. April, von 9 – 15 Uhr
- Donnerstag, 27. Mai, von 9 – 15 Uhr

► Klaus-Peter Bachmann, MdL:

- Donnerstag, 8. April, 14.30 Uhr
- Donnerstag, 20. Mai, 14.30 Uhr
- Donnerstag, 17. Juni, 14.30 Uhr

Impressum

Braunschweiger Volksfreund

Herausgeber: SPD-Unterbezirk
Braunschweig, Schloßstraße 8,
38100 Braunschweig

Internet: www.spd-braunschweig.de

Redaktion: Detlef Kühn (VidSP),
Sigrid Herrmann, Matthias Stoffregen

Druck: bs-druck, Braunschweig

Erscheinungsweise: vierteljährlich,
Auflage: 44 000 Exemplare

Bankverbindung/

Spendenkonto des
SPD-Unterbezirks:
SEB,
Konto 100 600 1200,
BLZ 270 101 11

